



Sorgen um die Schweiz

VON OTTO HABSBURG

Nach dem Schweizer Referendum von Anfang Dezember ist die Diskussion um die Stellung dieses Landes in Europa ziemlich still geworden. Auf beiden Seiten hatte man vor der Volksbefragung über alle möglichen wirtschaftlichen und anderen Folgen der Entscheidung spekuliert. Nunmehr scheint es, als ob man die Tatsache vergessen hätte. Zutreffend wurde nach Edinburgh von einer der Schweizer Fernsehstationen, anschließend an eine Aufzählung der verschiedenen behandelten Staaten wie Österreich, Dänemark, Schweden und Finnland, die traurige Bemerkung gemacht: Von der Schweiz war keine Rede. Ob das allerdings immer ungut ist, bleibe dahingestellt.

Einige bedeutende Faktoren sind im Zusammenhang mit der eidgenössischen Volksabstimmung allzu wenig betont worden. Da steht an erster Stelle der tiefe, schon an das Reaktionsgrenzende Konservatismus eines Teiles der Schweizer Wählerschaft. Durch Jahrhunderte erfüllte diese oft übermäßige Vorsicht eine Bremsfunktion gegen Menschen, die

allzu schnell fortschreiten wollten. Das hat sich für das Land oftmals segenreich ausgewirkt und ist nicht zuletzt eines der Geheimnisse des bisherigen Erfolges. Man hat 1992 viel zu wenig mit einer solchen Reaktion der Schweizer gerechnet.

Diese Abwehrhaltung wurde insbesondere dadurch herausgefordert, daß die eidgenössische Regierung gleichzeitig mit der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum auch die Frage der Vollmitgliedschaft in der EG aufgeworfen hat. Es war das ein Versuch, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Dabei zeigt uns die europäische Geschichte schlüssig, daß das schon immer ein Fehler war. Ein solcher Versuch endet gewöhnlich mit einem Sturz, von dem man sich nicht leicht erholt. Es war seinerzeit die Weisheit Robert Schumans, mit der Kohle- und Stahlgemeinschaft anzufangen. Nach drei Jahren hat sich diese – wie der große lothringische Staatsmann vorhergesehen hatte – so ausgewirkt, daß die römischen Verträge glatt über die Bühne gingen. Wäre man mit letzteren zu Beginn gekommen, wären die Widerstände gewaltig gewesen. Daß dies richtig ist, hat wenige Jahre darauf die europäische Verteidigungsgemeinschaft gezeigt. Der Pleven-Plan war ideal, technisch vollkommen und hat allen Wünschen der guten Europäer entsprochen. Er ging aber offensichtlich

zu weit. Ergebnis war, daß er in der französischen Nationalversammlung niedergestimmt wurde, nachdem Adenauer einen der wenigen politischen Fehler seines Lebens begangen hatte, als er den transaktionellen Vorschlag von Pierre Mendes France zurückwies. Seither sind wir noch immer nicht über den ersten Schritt hinausgekommen. So gesehen war der Vorschlag der Vollmitgliedschaft der Schweiz überstürzt. Er hätte später, nach dem Erfolg des Europäischen Wirtschaftsraumes eingebracht werden sollen.

Überall wird nunmehr diskutiert, wie sich die Entscheidung der Schweiz auf das Land auswirken wird. Hier muß man sachlich feststellen, daß große Gefahren heraufziehen. Das ist um so bedauerlicher, als bisher Bern beispielgebend in der Vorbereitung auf die EG-Mitgliedschaft war. Es gibt nur wenige Länder, deren Gesetzgebung auf diesem Gebiet bereits so weit gediehen ist.

Die größte Gefahr für das Land droht in einer Bewegung der Kapitalien, die man bisher wenig erwähnt hat, die aber langfristig von großer Tragweite sein kann. Man kann nämlich seit der schweizerischen Abstimmung feststellen, daß das Investitionskapital das Land verläßt, und, weil der große Markt die Zukunft ist, nunmehr in die Staaten der EG fließt. Hier hat zum Beispiel Luxemburg eine ganz große Chance. Andererseits merkt man diese Bewegung statistisch kaum, weil gleichzeitig ein anderer Typ von Kapital in die Schweiz gelangt, nämlich jenes Geld, das vor Steuern oder Regierungsmaßnahmen flüchtet. Aus der Erfahrung der letzten Jahrzehnte weiß man, daß es große Unterschiede zwischen diesen Kapitalien gibt. Ersteres fördert die Wirtschaft; letzteres ist im Gegenteil langfristig eine Gefahr.

Das hat man seinerzeit mit den Petro-Dollars und den Euro-Dollars erlebt. Hier waren Kapitalien, die sich nur kurzfristig investieren wollten. Das galt speziell für das große Geld der arabischen Staaten. Dieses geht auf schnelle Profite und will sich nicht auf Dauer binden. Ergebnis ist, daß dieses Vermögen, da es immer feige ist, bei dem geringsten Zeichen irgendeiner Bedrohung flüchtet. Dies führt zu einer ständigen Unstabilität, speziell bei jenen Banken, in denen dieses Geld Zuflucht sucht. Das Kapital ist nämlich kurzfristig angelegt, während die Banken keine Möglichkeit haben, es in der gleichen Weise weiterzugeben. Da sie aber Zinsen zahlen, müssen sie das Geld investieren, wodurch jene gefährliche Situation entsteht, die wir schon nach der Ölkrise hatten: kurzfristige Kapitalien werden langfristig gebunden.

Dazu kommt als zweite Gefahr, daß durch dieses Abfließen der Inve-

stitutionsmittel die Zahl der Arbeitsplätze abnimmt. Was sich hier in der Schweiz abzeichnet, ist daher eine wohl auf dem Papier ausgeglichene Devisenlage, praktisch aber eine Gefährdung der Arbeitsplätze. Das wird in einer ersten Periode nicht fühlbar sein. Sollte aber diese Lage andauern, dann wird sie in einigen Jahren zu einer lokalisierten schweizerischen Wirtschaftskrise führen. Diese wird nicht leicht zu bekämpfen sein.

Vielleicht war das der Grund, warum in letzter Zeit Demonstrationen für die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft immer eindrucksvoller wurden. Es gibt eben in der Schweiz noch Menschen, die die Gefahr erkennen und versuchen, dieser entgegenzusteuern. Gelingt ihnen dies, um so besser; sollten aber die Geister, die das seinerzeitige Referendum bezüglich des Europäischen Wirtschaftsraumes geleitet haben, weiter das Schicksal der Schweiz bestimmen, zeichnet sich hier eine nicht unbedenkliche Situation ab, denn ein Bankmonopol ist keine Grundlage einer Wirtschaft. Man sollte sich in der Schweiz vor Augen halten, daß das Land an Naturschätzen arm ist; sein Reichtum waren seine Fähigkeit, seine Arbeit und seine gesunde Wirtschaftspolitik. Diese aber dürften gegenüber der Anziehungskraft der EG nicht genügen, denn ein Alleingang ist heute nicht mehr denkbar.